

ht. sschützer der Stadt-  
daten mutmasslicher  
adikaler oder Terro-  
Aktiv werden sie zu-  
r Stadt Personen und  
schützen gilt - oder  
ereits zugeschlagen  
ren sie, wenn (Farb-)  
tischem Hintergrund  
nd sie erstatten Mel-  
ch eine unbewilligte  
Kundgebung stattge-  
B interessiert sich für

mus bisweilen überrumpelt. Die Aus-  
schreitungen nach der «Reclaim the  
Streets»-Kundgebung im Februar etwa  
hat sie nicht vorhergesehen. «Mit den  
geltenden Bestimmungen des Staats-  
schutzes ist es der Polizei ohne konkre-  
ten Verdacht nur möglich, die öffentlich  
verfügbaren Informationen auszuwer-  
ten», sagte danach Polizeivorsteherin  
Esther Maurer (SP) in einem Interview.  
Das sei nach bestem Wissen und Gewis-  
sen gemacht worden. «Dabei ist man lei-  
der auf keine Hinweise auf eine gewalt-  
tätige Veranstaltung gestossen.» (pak)

4800 Watt, der Verzicht auf Atomenergie  
und maximal eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Kopf:  
Auf diese Ziele für das Jahr 2050 wollen  
die Winterthurer Grünen die Stadt mit  
einer Volksinitiative festnageln, die sie  
im letzten Wahlkampf lanciert haben. Im  
März wurde sie mit 1200 Unterschriften  
für gültig erklärt. Die Partei rannte damit  
grösstenteils offene Türen ein. Der Stadt-  
rat hatte zuvor schon von sich aus ent-  
schieden, auf die 2000-Watt-Gesellschaft  
zu setzen und mittelfristig den Energie-  
verbrauch auf ein Drittel zu reduzieren.  
Trotzdem arbeitet er jetzt bis Juni 2011  
einen Gegenvorschlag zum grünen Volks-  
begehren aus, wie er gestern mitgeteilt  
hat. Grund: Die Regierung sträubt sich  
dagegen, die energiepolitischen Ziele in  
der städtischen Verfassung festzuschrei-  
ben. Zudem hält sie eines davon für  
unrealistisch: «Unsere Berechnungen  
haben gezeigt, dass die 2000-Watt-  
Gesellschaft ohne Atomenergie möglich  
ist. Aber die Beschränkung auf jährlich  
1 Tonne CO<sub>2</sub> pro Kopf schaffen wir bis  
2050 nicht», sagt Gesundheitsvorsteher  
Michael Künzle (CVP). Der heutige Schad-  
stoffausstoss liegt bei 5,8 Tonnen. (pak)

## zieht den Fall weiter



im März vor dem Geschworenengericht. Zeichnung: Linda Graedel

alitätsbezug festgestellt.  
le leichte Verminderung  
keit zu. Laut Fingerhuth  
che Urteilsbegründung  
e Jahr vorliegen. Dann

wird er die Beschwerde einreichen.  
Bianca B. sitzt seit der Verhaftung in Si-  
cherheitshaft im Bezirksgefängnis Zü-  
rich. Eine Mitinsassin hat ihr empfohlen,  
Fingerhuth als Verteidiger zu nehmen.

## Kritik an Beurteilung von Härtefällen

Zürich - Die Flüchtlings- und Sans-Papiers-Organisationen, die sich für die Einführung einer Härtefallkommission starkgemacht hatten, sind jetzt mit dem Ergebnis unzufrieden. Freiplatzaktion, Sans-Papiers-Anlaufstelle und Solidaritätsnetz Zürich schreiben in einer Mitteilung, die Härtefallpraxis im Kanton Zürich sei nach der Einführung der Kommission nicht lockerer geworden, sondern habe sich sogar weiter verschärft. Die Organisationen beziehen sich auf Zahlen des ersten halben Jahres, in dem die Härtefallkommission tätig ist und die seit Mai bekannt sind: 31 Härtefallgesuche kamen vor die Kommission, nur zwei wurden gutgeheissen. Die Härtefallkommission habe sich nicht für gut integrierte abgewiesene Asylsuchende eingesetzt, folgern die Organisationen. Damit entstehe der Verdacht, dass es sich bei dem Gremium «bloss um ein politisches Feigenblatt» handle. Kommissionspräsident Harry Kalt (FDP) hatte schon bei Bekanntwerden der Zahlen versichert, das neunköpfige Gremium sei nicht politisch gesteuert. (ese)

Tages-Anzeigen 22. 7. 10